

Beschluss der CDU-Fraktion, 22. Mai 2012

ZUKUNFT BER ERÖFFNUNG ZUM 17. MÄRZ 2013 SICHER REALISIEREN!

Die CDU-Fraktion Berlin bekennt sich zum Flughafen BER als internationalem Großflughafen und wichtigstem Jobmotor für die Region Berlin-Brandenburg.

Die Sicherheit der Flugpassagiere, Gäste des Flughafens und der Mitarbeiter hat selbstverständlich Vorrang vor jedem anderen Interesse! Sicherheit geht immer vor Schnelligkeit.

Der Eröffnungstermin 17. März 2013 gibt bei allem Ärger genug Raum, den hohen Sicherheits- und auch Lärmschutzanforderungen verantwortungsvoll Rechnung zu tragen.

Die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft muss jetzt schnellstens Sorge dafür tragen, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Eröffnung am 17. März 2013 sichergestellt sein werden.

Entscheidend ist für den weiteren Verfahrensablauf, dass sämtliche sich aus der Verschiebung des Eröffnungstermins ergebende Konsequenzen schnell, umfassend und transparent behandelt werden. Als organisatorische Maßnahmen sind –neben dem weiteren Bauablauf– aus Sicht der CDU-Fraktion Berlin folgende Punkte zu prüfen:

SONDERKOMMISSION BER

Nach dem Vorbild des Bundesverkehrsministeriums soll in der Senatskanzlei eine Sonderkommission (Soko) BER eingerichtet werden. Sie führt die fachliche Expertise aus den Senatsverwaltungen zusammen und bündelt damit die fachlichen und personellen Kompetenzen.

Der Sonderkommission BER unterstützt die durch das Land Berlin gestellten Mitglieder des Aufsichtsrates. Die Geschäftsführung der Flughafengesellschaft berichtet fortlaufend (alle 14 Tage) über die termingerechte Fertigstellung der Bauabschnitte, das Vorliegen der notwendigen Betriebsgenehmigungen sowie über alle Fragen der Finanzierung. Die Sonderkommission prüft diese Berichte.

MITTEILUNG AN DAS PARLAMENT

Dem Abgeordnetenhaus von Berlin wird kontinuierlich alle sechs Wochen ein Bericht über den Projektfortschritt und den Realisierungsgrad mit Blick auf den Eröffnungstermin am 17.3.2013 gegeben. Ebenso enthält dieser Bericht Aussagen zur Finanzierung und zum Vorliegen der notwendigen Betriebsgenehmigungen. Der Bericht erfolgt als Mitteilung zur Kenntnisnahme und wird aufgrund des fachübergreifenden Charakters im Hauptausschuss beraten.

Die bisherigen Controlling-Berichte werden den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses im Datenraum zur Einsicht zur Verfügung gestellt.

HILFSFONDS FÜR MITTELSTÄNDISCHE WIRTSCHAFT

Für Gewerbetreibende, die aufgrund der verspäteten Eröffnung unverschuldet in wirtschaftliche Not geraten sind, soll der Senat einen Hilfsfonds einrichten, der unbürokratisch Möglichkeiten zur Schadensminimierung bzw. für Hilfeleistungen realisiert. Bestehende Haushaltstitel für Entschädigungen und Ersatzleistungen können auch zu diesem Zweck genutzt werden.

Der Senat wird gebeten zu prüfen, inwieweit die Investitionsbank Berlin (IBB) ihren Liquiditätsfonds Berlin um eine Untersparte für die oben genannten Unternehmen erweitern kann. In diesem Zusammenhang prüft die IBB, eine entsprechende Finanzierung auch zur Verfügung zu stellen, wenn die Hilfe ersuchenden Unternehmen aus Branchen kommen, für die der Fonds nicht originär vorgesehen ist.

DREHKREUZ BERLIN SICHERSTELLEN

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass für einen Übergangszeitraum die "Drehkreuzfunktion" von BER auch auf den Flughafen Tegel realisiert werden kann. Den Reiseverkehr der Geschäftsleute, Touristen, aber auch den Urlaubsverkehr werden bis zur Eröffnung von BER die nun länger im Betrieb verbleibenden Flughäfen Tegel und Schönefeld abdecken.

In begründeten Ausnahmefällen können auch Einzelausnahmegenehmigungen für die innerhalb der Betriebszeiten des BER liegenden Tagesrandzeiten erfolgen. Eine generelle Ausweitung der Flugzeiten wird in Hinblick auf die Anwohnerinteressen jedoch abgelehnt.